

## **JAHRESBERICHT 2001**

### **1. Politischer Lagebericht**

Zwei markante Ereignisse kennzeichnen europapolitisch das Jahr 2001: die Unterzeichnung des Vertrags von Nizza durch die Staats- und Regierungschefs am 26. Februar und deren Treffen im Europäischen Rat in Laeken Mitte Dezember. Enttäuschung und Hoffnung sind für die europäischen Föderalisten mit beiden Ereignissen eng verbunden. Der Nizza-Vertrag schafft die nicht unumstrittenen institutionellen Voraussetzungen für die politisch notwendige Erweiterung der Europäischen Union um mittelosteuropäische Staaten dann, wenn alle ihre Mitgliedstaaten das Vertragswerk ratifizieren. Ein herber Rückschlag ist denn auch das Nein der Iren zum Vertrag von Nizza vom 7. Juni. Der Europäische Rat kam in Laeken womöglich selbst zur Erkenntnis der mangelnden Qualität seiner Arbeit, weswegen er in der Erklärung „Zur Zukunft der Union“ einen einzuberufenden Konvent auffordert, innerhalb eines Jahres ein Abschlussdokument zur Zukunft der Union zu erarbeiten.

Die BSE-Krise spielt in der öffentlichen Diskussion weiterhin eine Rolle und ruft auch immer wieder die Frage nach weiteren Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik hervor. Deutlich fragt Agrarkommissar Fischler, ob die EU-Agrarpolitik nicht zu sehr auf die Förderung der Produktionsmenge ausgerichtet ist und deutet damit eine mögliche Neuausrichtung der Politik an.

In der Debatte um die EU-Erweiterung verdrängen Ängste vor diesem Ereignis die begründeten Hoffnungen immer mehr. So lehnen im Frühjahr beispielsweise 49 v. H. der Westdeutschen und 40 v. H. der Ostdeutschen den Beitritt Polens ab, während die zustimmenden Zahlen 36 v. H. und 42 v. H. sind. EU-weit befürworten 44 v. H. den Beitritt und 36 v. H. sind dagegen. Mangelnde Effizienz der weitestgehend intergouvernemental geführten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere auf dem Balkan und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität mögen zu den Gründen solchen Meinungsumschwungs geführt haben. Die Kommission verabschiedet einen Konzeptvorschlag für die Vereinheitlichung der Asylpolitik bis 2004 mit dem Ziel, die illegale Einwanderung in die Gemeinschaft einzudämmen und die Lasten für die Aufnahme von Flüchtlingen gleichmäßiger auf die Mitgliedstaaten zu verteilen.

Wenn immer wieder zu Recht die Langsamkeit europäischer Entwicklungen beklagt wird, so muss sich Deutschland sagen lassen, dass es sich bei der fristgemäßen Umsetzung von EU-Recht besonders schwer tut. Mitte des Jahres sind 25 Verfahren in dieser Sache vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Bundesrepublik anhängig. Damit hat sich seit 1996 ihre Zahl verdoppelt.

Der schreckliche Terrorangriff am 11. September auf die USA rief neue Anstrengungen der Kommission und der Staats- und Regierungschefs hervor, um solchen Verbrechen künftig besser gemeinsam begegnen zu können. So soll der Kampf gegen den Terrorismus stärker in die GASP einbezogen, eine gemeinsame Definition des Begriffs Terrorismus vereinbart und ein europäischer Haftbefehl eingeführt werden. Während immerhin 61,5 v. H. der Europäer als Antwort auf die Krise nationale und europäische Maßnahmen fordern, unterliegen die innere und justitielle Politik

noch weitgehend der Einstimmigkeit. Der Europäische Rat von Laeken am 14./15. Dezember bekräftigt die „volle Solidarität mit dem amerikanischen Volk und der internationalen Gemeinschaft bei der Bekämpfung des Terrorismus unter unumschränkter Wahrung der Rechte und Freiheiten des Einzelnen“ und fordert weitere gemeinsame Maßnahmen.

Die Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union führt zur Einrichtung eines Konvents bestehend aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sowie der Regierungen und der Kommission, mit dem Ziel, ein Abschlussdokument zu erarbeiten als Ausgangspunkt für die Arbeiten einer Regierungskonferenz im Jahr 2004, die die endgültigen Beschlüsse fasst. Damit kann der Weg zu einer für den Bürger verständlichen Verfassungsentwicklung in der Europäischen Union gewiesen sein, wenn der Konvent zu einem gemeinsamen kohärenten Entwurf findet.

Die letzten Dezembertage stehen unter der Erwartung der Einführung der Euro-Banknoten und -münzen. Damit endet ein historischer Prozess von entscheidender Bedeutung für das europäische Aufbauwerk.

## **2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes**

Der Landesvorstand beschäftigt sich eingehend mit dem Vertrag von Nizza, seinen Folgen für die Öffentlichkeit und nach dem Nein der Iren mit dem weiteren Vorgehen auf europäischer Ebene. Der Gipfelkonferenz von Laeken zum Abschluss der belgischen Ratspräsidentschaft wird besondere Bedeutung beigemessen im Hinblick auf die mögliche Einberufung eines Konvents, der die bisherige Methode der immer ineffizienter gewordenen Regierungskonferenzen aufbrechen soll. Damit im Zusammenhang steht die vom transnationalen Dachverband UEF seit Jahren erhobene Forderung nach einer europäischen Verfassung, die vom Landesverband nachdrücklich unterstützt und durch Beteiligung an der europaweiten Unterschriftenaktion gefördert wird. Die Föderalisten müssen die Druckkulisse gegenüber dem Europäischen Rat vor dessen Sitzung in Laeken soweit wie möglich erhöhen, um dadurch ein zukunftsweisendes Mandat für einen Konvent zu erreichen.

Im Oktober verabschiedet der Landesvorstand eine Erklärung zur inneren Sicherheit, die mit Genugtuung zu Kenntnis nimmt, dass „nach den schrecklichen Ereignissen vom 11. September zunächst die Justiz- und Innenminister und dann auf einem Sondergipfel die Regierungschefs einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet haben. Mit der Schaffung eines europäischen Haftbefehls und der gemeinschaftlichen Einführung des Tatbestands des terroristischen Akts werden Maßnahmen angegangen, die schon lange auf der europäischen Tagesordnung stehen.“ Der Landesverband erwartet, dass die Abwehr der gegenwärtigen Bedrohung zu weitergehenden Reformen und zur Intensivierung der Sicherheitslage in Europa genutzt werden. Erinnert wird an die langjährigen Forderungen der Europa-Union nach einer allgemeinen Harmonisierung des Strafrechts in Europa als Grundlage für eine weitergehende Operationalisierung der polizeilichen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des internationalen Verbrechens. Dazu zählen auch die weitere „Vergemeinschaftung“ der Bereiche polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die bisher leider unter weitgehendem Ausschluss der Zuständigkeit des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gerichtshofs immer noch in der intergouvernementalen Zusammenarbeit verharren. Gefordert wird der Ausbau der Befugnisse des Europäischen Polizeiamtes EUROPOL und die Einrichtung von EUROJUST, in der die von den Mitgliedstaaten entsandten Staatsanwälte, Richter und

Polizeibeamten die strafrechtlichen Ermittlungen mit Bezug zur organisierten Kriminalität verstärken sollen. Der im Amsterdamer Vertrag festgeschriebene Aufbau eines „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auf der Grundlage des in den Vertrag übernommenen „Schengen-Besitzstandes“ muss tatkräftig umgesetzt werden. „Dazu gehören neben einer verstärkten Bekämpfung der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität einschließlich der Bekämpfung der Geldwäsche ein stärkere Vergemeinschaftung der Asyl- und Einwanderungspolitik. Die Europa-Union ist sich sicher, dass in einem solchen Rechtsraum auch die Bekämpfung der Armut und die Beachtung der Menschenrechte auf der Grundlage des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft sichergestellt sind“, heißt es abschließend in der Erklärung zur inneren Sicherheit des Landesvorstandes.

Mit Nachdruck steht der Landesvorstand dafür ein, dass dem von der Gipfelkonferenz in Laeken einzuberufenden Konvent ein Mandat zur Erarbeitung eines kohärenten Gesamtvorschlags erteilt wird. Er sieht sich dazu auch ermutigt durch die Rede von Bundespräsident Rau vor dem Europäischen Parlament, in der er sich für eine föderale europäische Verfassung mit einem Zweikammerparlament ausspricht. Die Charta der Grundrechte müsse in diesen Gesamtvorschlag eingearbeitet sein.

Die Verhandlungen zum Beitritt von mittelosteuropäischen Staaten zur Europäischen Union müssen zügig vorangetrieben und spätestens Ende 2002 zum Abschluss gebracht werden. Der Landesvorstand besteht darauf, dass die beitriffähigen Staaten an der Europawahl 2004 gleichberechtigt mit den bisherigen Mitgliedstaaten teilnehmen können. Aufgabe des Landesverbandes ist es, den in der Bevölkerung vorhandenen Ängsten vor der Erweiterung argumentativ entgegenzutreten und ihre politischen und wirtschaftlichen Vorteile darzustellen.

Wenige Wochen vor der Einführung des Euro-Bargeldes warnt der Landesvorstand vor ungerechtfertigten Preis- und Gebührenerhöhungen, die die integrationspolitische Bedeutung des EURO beeinträchtigen würden. Nach den barbarischen Terroranschlägen habe sich der EURO in seinem Außenwert stabil gehalten und damit bewährt. Mit der Einführung des Euro-Bargeldes in der Silvesternacht kommt eine Entwicklung zum Abschluss, die erstmals 1968 von der Europa-Union Deutschland auf ihrem Kölner Bundeskongress und seitdem kontinuierlich gefordert wird. Die Europäische Union wird jetzt in des Wortes voller Bedeutung begreifbar.

### **3. Bildungsarbeit**

Das Umsetzen der unter Ziffer 2 erarbeiteten Positionen in die Öffentlichkeit ist europapolitische Bildungsarbeit im weitesten Sinne. Dieser Aufgabe haben sich alle Landesvorstandsmitglieder in Veranstaltungen der verschiedensten Art, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Verbandes gestellt.

#### **3.1 *Europäischer Wettbewerb***

Mit 16.756 Schülerinnen und Schülern aus 179 Schulen hat der 48. Europäische Wettbewerb zum Leitthema „Unsere Umwelt – Aufgabe für ein Europa mit Zukunft“ erneut eine Rekordbeteiligung in Rheinland-Pfalz erreicht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 16,1 v. H. Nach Vorauswahl in den Schulen und durch die von den meisten Kreisverbänden eingerichteten Kreisjurs ermittelt die

vom Landesverband betreute Landesjury aus den ihr vorgelegten 3.286 bildnerischen und schriftlichen Arbeiten in zweitägiger Arbeit 500 Landespreisträger, darunter 148 Schülerinnen und Schüler mit einem ersten Landespreis. Während die meisten zweiten und dritten Landespreise über die Kreisverbände den Schülerinnen und Schülern in Kreisveranstaltungen übermittelt werden, sind die ersten Landespreisträger zu einer Tagesveranstaltung in den Holiday Park Hassloch eingeladen worden. Zu den vom Landesvorsitzenden Professor Dr. Bardong und von Dr. Klaus Sundermann vom Bildungsministerium überreichten ersten Preisen gehört auch der freie Eintritt in den Park und die unbegrenzte Nutzung der Parkeinrichtungen. Zu der Veranstaltung im Holiday Park, bei der Professor Bardong und Dr. Sundermann Bedeutung und Aufgabenstellung des Wettbewerbs für die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins bei den Betroffenen darstellen, kommen 301 Personen.

Der Landesverband fördert weiterhin den Europäischen Wettbewerb in der Stadt und dem Powiat Jelenia Góra sowie in Stadt und Powiat Tarnow mit der zur Verfügungstellung von rund 100 Preisen. Auch die polnischen Schüler erhalten eine mit dem Landeswappen versehene und von der Bildungsministerin und dem Landesvorsitzenden unterzeichneten Urkunde.

In Rheinland-Pfalz wird der Wettbewerb gemeinsam vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend und dem Landesverband getragen und finanziert. Er wird im Amtsblatt des Ministeriums ausgeschrieben und organisatorisch von der Europa-Union auf Landes- und Kreisebene betreut. An dieser Stelle sei allen Sponsoren, insbesondere aber dem Holiday Park Hassloch und der Koblenzer Sport-Toto GmbH. herzlich für die Unterstützung gedankt.

### **3.2 Weitere Aktivitäten im Bildungsbereich**

Vorstehend wurde bereits erwähnt, dass die meisten Kreisverbände die Arbeit vor Ort unterstützen, indem sie schriftliche und persönliche Kontakte zu den Schulen herstellen, Kreisjury einrichten und zusammen mit den zuständigen Oberbürgermeistern und/oder Landräten Kreisauszeichnungen durchführen. Es sind dies nach uns vorliegenden Informationen die Kreisverbände Alzey-Worms, Bad Bergzabern/Südl. Weinstraße, Birkenfeld, Bitburg-Prüm, Germersheim, Kaiserslautern, Landau/Südl. Weinstraße, Ludwigshafen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Pirmasens, Rhein-Lahn, Trier, Westerwald, Worms und Zweibrücken. Darüber hinaus stellen die Kreisverbände Germersheim, Kaiserslautern und Worms die in ihren Bereichen gefertigten preisgekrönten Arbeiten auch öffentlich aus.

Im Zusammenhang mit der Auszeichnung der polnischen Preisträger im Europäischen Wettbewerb aus dem Bereich Tarnow hält das Geschäftsf. Vorstandsmitglied vier Vorträge über die Europäische Union vor deutschsprechenden Schülern und Lehrern und erreicht damit zusammen rund 350 außerordentlich interessierte Menschen, die insbesondere fragen, wie Deutschland zur Aufnahme Polens in die EU stehe.

### **3.3 Zusammenarbeit mit europäischen Bildungseinrichtungen**

„Europa – Was geht mich das an?“ ist das Motto von sechs fünfeinhalbtägigen deutsch-polnischen Jugendseminaren, die gemeinsam mit der Europäischen Staatsbürger-Akademie Thüringen e.V. in Cursdorf mit zusammen 173 Teilnehmern durch-

geführt werden. 55 Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz, Thüringen und Malopolska finden sich in zwei sechstägigen Seminaren unter dem Leitthema „Polen bald Deutschlands Partner in der EU?“ zusammen und diskutieren, ähnlich wie die Jugendlichen, nicht nur über die Entwicklung der Europäischen Union sondern auch vergleichend über die Probleme der Transformation in Polen und den neuen Bundesländern bei Exkursionen in Thüringen. Für alle Teilnehmer sind Einblicke in die schulische Arbeit vor Ort von besonderem Interesse. 54 Jugendliche aus Rheinland-Pfalz und Polen beschäftigen sich in Höckendorf bei Dresden in einem fünftägigen Seminar mit „Dresden als Brücke nach Mitteleuropa“ und spüren auf Exkursionen den Europa verbindenden Werten in der Bau- und bildenden Kunst nach. Dabei kann das Transformationsgeschehen in einem neuen Land unmittelbar erlebt werden. „Gemeinsame Agrarpolitik und Verbraucherschutz“ ist das Thema der viertägigen 4. Cursdorfer Agrartagung, in der Deutsche und Polen die behandelten Themen sachlich diskutieren. Die knapp skizzierte umfangreiche Seminararbeit, die der LV leistet, ist nur dank der finanziellen Unterstützung durch die ESTA möglich.

## **4. Verbandsarbeit**

### **4.1 Landesebene**

Der Landesverband vertritt die Europa-Union nach außen. Nach innen regt er an, sorgt für die Umsetzung der Beschlüsse der verschiedenen Verbandsebenen und koordiniert die die Kreisverbandsebene überschreitenden Aktivitäten wie z. B. Europäischer Wettbewerb und Europawoche .

#### **4.1.1 Organisationsstruktur**

Diese bleibt mit 24 Kreisverbände konstant.

#### **4.1.2 Landeskongress**

Nach der Landessatzung findet alle zwei Jahre ein Landeskongress statt, der XXXII. Landeskongress wurde 2000 in Bad Marienberg durchgeführt.

#### **4.1.3 Landesvorstand**

Über die Arbeit des Landesvorstandes wird bereits unter Ziffer 2 berichtet. Ihm obliegt die inhaltliche Arbeit und durch seine Mitglieder die Betreuung von Kreisverbänden vor Ort.

Im Berichtsjahr hat der Landesvorstand fünfmal getagt. Die Arbeit wird ehrenamtlich erledigt.

#### **4.1.4 Landesgeschäftsstelle**

Die Landesgeschäftsstelle ist nur mit einer Halbtagskraft besetzt. Die Buchhaltung wird von einer bei Bedarf tätig werdenden Stundenkraft erledigt.

Das Geschäftsf. Vorstandsmitglied initiiert, koordiniert und wirkt unterstützend bei der Erledigung der vielfältigen Arbeiten mit.

#### **4.1.5 Mitarbeitertagungen**

Sieben mehrseitige Rundschreiben und Besuche des Landesvorsitzenden oder des Geschäftsf. Vorstandsmitglieds bei den Kreisverbänden stellen die notwendigen Kontakte zwischen der Landes- und Kreisebene her, so dass aus Gründen der Sparsamkeit auf die Durchführung von Mitarbeitertagungen verzichtet wird. Hinzu kommt der mit den einzelnen Kreisverbänden speziell gepflegte Schriftverkehr.

#### **4.1.6 Landesspezifische Aktivitäten/Kreisverbände**

Die Europawoche Anfang Mai ist seit Jahren ein Aktionsschwerpunkt des Landesverbandes und seiner Kreisverbände. Der Landesverband selbst lädt zum 10. Mai zum Wählerforum mit den Europaabgeordneten Kurt Lechner, Rosemarie Müller und Ralf Walter zu einem vom Landesvorsitzenden moderierten Podium über „Lebensmittelsicherheit, Freizügigkeit und Osterweiterung“ in den Landtag nach Mainz ein. Mit Veranstaltungen vielfältiger Art – vom klassischen Vortrag bis zu Straßenveranstaltungen und der Auszeichnung der Kreissieger im Europäischen Wettbewerb – sorgen die Kreisverbände gemeinsam mit dem Landesverband für ein breites öffentliches Echo der Europawoche in der Bevölkerung.

Hergestellt wird ein ca. 45 Minuten dauernder Video-Film „Die Europa-Union – Vorkämpfer für das gemeinsame Europa“, der über die Arbeit des Landesverbandes und seiner Kreisverbände in den zurückliegenden Jahren berichtet. Der Film wird den Offenen Kanälen in Rheinland-Pfalz zum Abspielen angeboten.

Die an der Westgrenze des Landes liegenden Kreisverbände pflegen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach Luxemburg, Belgien und Frankreich. Der Kreisverband Kaiserslautern baut seine Kontakte nach Estland mit dem Ziel aus, eine Partnerschaft zu begründen. Über die intensive deutsch-polnische Zusammenarbeit des Landesverbandes wird unter Ziffer 3 berichtet.

Wie bereits ausgeführt, ist der alljährlich stattfindende Europäische Wettbewerb ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von Landesverband und Kreisverbänden. In Tagesseminaren behandeln die Kreisverbände Landau/Südl. Weinstraße und Worms aktuelle europapolitische Themen.

Der Landesverband hat in der Berichtszeit 18 öffentliche Veranstaltungen mit zusammen 1.015 Personen durchgeführt. Hinzuzurechnen sind die 16.756 Wettbewerbsteilnehmer und rund 280 Lehrkräfte, die den Wettbewerb in den Schulen betreut haben, so dass der Landesverband insgesamt 18.051 Personen in Schul- und öffentlichen Veranstaltungen erreicht hat. Der Versuch, auch von den ehrenamtlich geführten Kreisverbänden ähnlich aussagekräftige Zahlen hinsichtlich durchgeführter Veranstaltungen zur erhalten, führt bisher leider zu keinem befriedigenden Ergebnis, so dass für die Kreisebene auf Zahlenangaben leider verzichtet werden muß.

Der Mitgliederneuzugang ist nach wie vor schleppend. Ihm gegenüber steht leider ein nennenswerter Abgang durch Tod von Altmitgliedern, die dem Verband über Jahrzehnte die Treue gehalten hatten.

#### **4.1.7 Zusammenarbeit mit Landesparlament/Landesregierung/Europaminister**

Die Zusammenarbeit mit Landesbehörden ist gut und unbürokratisch. An erster Stelle sind die Staatskanzlei, die den Landesverband institutionell fördert und das Mini-

sterium für Bildung, Frauen und Jugend zu nennen. Auch die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt den Landesverband bei der Durchführung des Europäischen Wettbewerbs. Die Landesvertretung beim Bund und bei der Europäischen Union unterstützt insbesondere in der Europawoche verschiedene Aktivitäten der Gliederungsverbände.

Mit dem beim Landesverband gebildeten Parlamentarischen Beirat wird Anfang Dezember die Situation kurz vor der Gipfelkonferenz in Laeken ebenso erörtert wie der Wirtschaftsplan für die beiden folgenden Jahre. Für 2002 wird eine gemeinsame Veranstaltung im Landtag zu Fragen der europäischen Verfassung verabredet. Der Landesvorstand wird zu Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen des Europa-Ausschusses des Landtags eingeladen.

Mit 38 Landtagsabgeordneten gehören 37,6 v. H. der Europa-Union als Mitglieder an. Nach Parteien aufgegliedert sind dies 17 SPD-Abgeordnete, darunter Ministerpräsident Kurt Beck, 15 CDU-Abgeordnete mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr und fünf FDP-Abgeordnete mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Werner Kuhn. Mit der Landtagsvizepräsidentin Friedel Grützmaker sind Bündnis 90/Die Grünen unter den Mitgliedern vertreten.

Von den 34 rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten bekennen sich 13 als EU-Mitglieder, darunter Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Die Aufgliederung nach Parteien ergibt sechs SPD- und fünf CDU-Abgeordnete sowie je einen Abgeordneten der FDP und der Grünen.

Die in Rheinland-Pfalz gewählten vier CDU- und drei SPD-Europaabgeordneten gehören alle dem Landesverband als Mitglieder an.

Diese Darstellung spiegelt nicht nur den überparteilichen Charakter der Europa-Union Rheinland-Pfalz wider, sondern zeigt auch, dass ihre Vorschläge Widerhall auf den verschiedenen politischen Ebenen finden.

#### **4.1.8 Öffentlichkeitsarbeit**

Zu allen landeszentralen Veranstaltungen werden die regionalen Medien eingeladen und darüber hinaus mit drei Pressemitteilungen informiert. Die Kreisverbände pflegen den Kontakt zur örtlichen Presse, die über ihre Veranstaltungen in der Regel gut berichtet.

## **4.2 Bundesebene**

Im Bundesverband arbeitet der Landesverband durch seine Vertreter intensiv mit. So gehört der Landesvorsitzende als Vizepräsident dem Präsidium der Europa-Union Deutschland an, dessen Ehrenpräsident Dr. Egon A. Klepsch ebenfalls aus dem rheinland-pfälzischen Verband kommt. Zu den vom Bundesverband organisierten Kongressen in Kiel/Göteborg Mitte Juni und in Fulda Mitte November entsendet der Landesverband die ihm zustehenden Delegierten und darüber hinaus weitere Gäste.

Der Landesvorsitzende und das Geschäftsf. Vorstandsmitglied arbeiten mit weiteren Delegierten im Bundesausschuss mit. In der Ausländerkommission des Bundesverbandes wird der Landesverband durch seinen früheren stellvertretenden Vorsitzenden Polizeipräsident a.D. Helmut Wintrich vertreten.

### **4.3 Transnationale Ebene**

Im Bundeskomitee sind der Landesvorsitzende und das Geschäftsf. Vorstandsmitglied sowie die Vorstandsmitglieder Ernst-Ludwig Göpfert und Sven Hoffmann vertreten, die auch am XIX. UEF-Kongress in Brüssel vom 12. bis 14. Oktober teilnehmen. Die personelle Verflechtung der verschiedenen Verbandsebenen ermöglicht einen kontinuierlichen Fluss der Meinungsbildung zwischen den Ebenen, so dass auch eine laufende Berichterstattung über die Arbeit dieser Ebenen in jeder Landesvorstandssitzung gewährleistet ist.

### **5. Jugendarbeit**

Die Jugendarbeit wird von den Jungen Europäischen Föderalisten Rheinland-Pfalz, die sich als Jugendorganisation der Europa-Union verstehen, mit Ausnahme des Europäischen Wettbewerbs wahrgenommen. Der dem Landesvorstand kraft Amtes angehörende JEF-Landesvorsitzende berichtet in jeder Landesvorstandssitzung über die Arbeit seines Verbandes. Eine gemeinsame Sitzung beider Landesvorstände ermöglicht gegenseitiges Kennenlernen und legt Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit auf Landes- und Kreisebene.

### **6. Landesbeirat**

Dieser ist mit 47 Mitgliedsorganisationen und –einrichtungen die rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland. Der Landesbeirat wird zu allen landeszentralen Veranstaltungen eingeladen. Mit seinen Gliederungsverbänden sollen die Kreisverbände Kontakt halten und zusammenarbeiten.

### **7. Schlussbemerkung**

Ein Jahresbericht auf acht Seiten kann naturgemäß nur einen gedrängten Überblick über die vom Landesverband und seinen ehrenamtlich geleiteten Kreisverbänden geben. Sicher hätten viele Aktionen verdient, ausführlicher dargestellt zu werden. Andererseits findet die laufende tägliche Arbeit kaum Erwähnung. Dennoch vermittelt der Bericht ein realistisches Bild des Geleisteten. Allen, die auf Kreis- und Landesebene die Arbeit der Europa-Union mitgestaltet und mitgetragen haben, wird herzlich gedankt. Ebenso herzlicher Dank gebührt allen Mitgliedern, die durch pünktliches Zahlen ihrer Beiträge erst die finanzielle Basis für die Arbeit legen, die durch die institutionelle Förderung vom Land Rheinland-Pfalz und durch Sponsoren dankenswerterweise verbreitert wird.